Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 57 (1963)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Amerikas "neue Strategie" ; Zerfall der NATO? ; Zweierlei Frieden ; Umbau im Kommunismus ; China besiegt den Hunger ; Katanga - Jemen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140754

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schrieben. Er spricht fließend Russisch, Chinesisch wie Mongolisch und sprach vor der Akademie der Wissenschaften in Ulan Bator über eine Stunde in letzterer Sprache. Die Mongolei ist ein Land, das seit Jahrzehnten Hilfe, Inspiration und Führung bei Rußland sucht und findet. Im Laufe einer Generation hat sich dieses «Volk der Hirten» eine genossenschaftlich-sozialistische Gesellschaftsform gegeben, ohne die Übergangsform eines westlichen Kapitalismus zu durchlaufen.

Die Art, wie sich das Hirtenvolk der Mongolei unter sowjetischer Führung modernisiert und an die heutige Welt Anschluß gefunden hat, kann uns (Amerikanern d. U.) als Lehre dienen. Sowjetrußland ist ein mächtiger Gegner in unterentwickelten Ländern. Wir im Westen haben vorfabrizierte Häuser, die von Ungelernten aufgestellt werden können. Rußland hält eine vorfabrizierte Gesellschaftsform für den Export bereit und kann, wenn sie dazu aufgefordert wird — in 5 bis 15 Jahren jedes beliebige Volk instruieren, wie sie einzurichten und zu handhaben ist. Überdies ist das Rußland, wie es der Mongolei erschien, sehr verschieden von jenem, das zum Beispiel Jugoslawien kennenlernte. Die Sowjetunion trat in der Mongolei als Lehrmeister auf und als die mongolische Nation ihren Kurs absolviert hatte, zog sich der Lehrmeister zurück.

Lattimores Darstellung der mongolischen Geschichte und des Aufkommens marxistischer Gedankengänge kann nicht hoch genug gewertet werden. Sein Bericht über die Verwandlung des Landes in weniger als 20 Jahren ist ein böses Vorzeichen für alle jene unter uns, die sich ernstlich mit der amerikanischen Hilfe an unterentwickelte Völker beschäftigen. *Wir haben bisher nirgends dazu beigetragen, eine Feudalgesellschaft in eine freie Gesellschaft zu verwandeln.* Unsere Milliarden (an Hilfsgeldern) dienten meist dazu, die Stellung der feudalen Oberherren zu verstärken und damit — in gewissem Sinne — den Kommunisten die Sache zu erleichtern, indem wir ihnen die Reformen überließen. Wenn wir uns nicht dazu verstehen, auf unsere Art zu leisten, was die Sowjets in der Mongolei auf ihre Art leisteten, verlieren wir das Rennen mangels Einsatzbereitschaft. Die Mongolen sind, wie Owen Lattimore sagt, prächtige Leute.»

Oxford University Press, 238 Seiten, 5,75 Dollar, 1962.

*

... wie schwer es anscheinend Christen fällt, «das Gute» anders als in christlichem Gewande zu erkennen.

Unser Weg des Hochmuts und der Lieblosigkeit gegenüber den sozialistischen Menschen und Ländern ist ganz gewiß *kein* Weg.

Aus «Begegnungen und Entscheidungen» von *Klara Marie Faßbinder*

WELTRUNDSCHAU

Amerikas «neue Strategie» «Amerika diktiert.» Das waren die ersten Worte unserer Dezember-Rundschau. Wir suchten zu zeigen, wie sich die Vereinigten Staaten auf immer unerträglichere Art die Rolle des Weltbeherrschers, Weltenrichters und Weltpolizisten anmaßen. Ihr billiger Sieg über die Sowjetunion — gewonnen durch die Drohung eines Krieges gegen Kuba — ist den Herrschenden in Washington so in den Kopf gestiegen, daß sie glauben, mit den gleichen Methoden auch sonst in der Welt die soziale Revolution unserer Zeit ersticken zu können, also durch rücksichts-

losen Einsatz ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel bis unmittelbar an den Rand eines Krieges hin und unter Beiseiteschiebung nicht nur der Vereinten Nationen, sondern auch der eigenen Verbündeten und erst recht der Satelliten zweiten und dritten Ranges, aber auch in zunehmendem Maße der Neutralen. Daß sie damit in der «freien» Welt böses Blut machen, ist ihnen genau bewußt. «US News & World Report» (31. Dezember) seufzt: «In Europa gibt es Bemerkungen über Amerikas neue ‚anmaßende Gerissenheit' (cockiness). Washington wird beschuldigt, es mache alles allein, ohne Rücksicht auf alte europäische Verbündete. Präsident Kennedy, so meint man, scheine Westeuropa als Weltkraft herunterzudrücken. Argwöhnische Europäer fragen, ob die Vereinigten Staaten im Begriff stünden, über Europas Kopf weg mit Rußland ein Handelsgeschäft zu machen.» Wobei — so sei gleich beigefügt — selbstverständlich die Bedingungen des Handels von Amerika diktiert würden. Das genannte große Wochenblatt sieht selber voraus, daß «der kommunistische Block militärisch wie auch wirtschaftlich geschlagen werde»; militärisch sei die Sowjetunion, wie Kuba erwiesen habe, den Vereinigten Staaten sowieso unterlegen und werde es immer mehr werden, und auch wirtschaftlich kämen die kommunistischen Staaten der «freien» Welt längst nicht mehr nach. Also . . .

Klar ist auf jeden Fall, daß die Regierung Kennedy mehr als je zu *eigenmächtigen Vorstößen* neigt. Man sieht es im Kongo, wohin sie eine «Militärmission» beordert hat, um ihren politischen Begehren Nachdruck zu verschaffen und allfälligen sozialistischen «Abweichungen» vorzubeugen. Man sieht es in Brasilien, wo ein gemäßigt «linker» Präsident regiert, der aber die von Washington geforderten Reformen nicht an die Hand nimmt, so daß ihm mit Entzug der nordamerikanischen Finanzhilfe gedroht werden muß. Und man sieht es in Indien, das die USA zur Verständigung mit Pakistan zwingen wollen, damit es mit amerikanischer Hilfe seine ganze Kraft gegen China kehren könne. Besonders deutlich wird aber die Selbstherrlichkeit Washingtons in seinem Verhältnis zu *Westeuropa*. Die Fäden, die da hin und her laufen, sind reichlich verschlungen, oft auch überhaupt unsichtbar; aber man kann doch — ohne ungebührliche Vereinfachung — die Hauptlinien der vielseitigen Verhandlungen klar nachziehen.

An der jüngsten Pariser NATO-Konferenz wie bei dem Treffen zwischen Kennedy und Macmillan in Nassau (Bahama-Inseln) wurde eine *«neue amerikanische Strategie»* sichtbar. Die *alte* Strategie war: Im Fall eines Krieges mit dem Osten die konventionellen, also nichtatomaren Streitkräfte der NATO-Verbündeten zunächst nur als «Schild», als bloße Abwehrmacht zu benützen, bis das «Schwert», die Atomwaffe, eingreifen und die Entscheidung herbeiführen könne. Nun kehrt man in Washington das Verhältnis um und teilt den nichtatomaren Streitkräften die Rolle des kriegsentscheidenden Schwertes zu, während die Atomwaffe vor allem für Deckung zu sorgen und als

Reserve bereitzustehen hätte. Ob das nicht nur eine papierene Theorie ist, ob aus dem konventionellen Krieg nicht sehr schnell ein Atomkrieg würde, steht hier nicht zur Erörterung. Maßgebend ist, daß man in Washington jetzt offenbar fest an die neue Lehre glaubt und den westeuropäischen Verbündeten eine kräftige Vermehrung ihrer konventionellen Streitkräfte zumutet, während, unter Gewährung eines rein formalen Mitspracherechtes der NATO-Staaten, die Verfügung über die Atomwaffe tatsächlich noch mehr als bisher bei den Vereinigten Staaten zu bleiben hätte.

Gegen die Zusammenballung der Kernwaffenmacht in der Hand Amerikas liefen vor allem Frankreich, aber auch England und Westdeutschland schon seit geraumer Zeit Sturm. Aber erst jetzt spitzt sich der Gegensatz auf eine Art und Weise zu, daß der Bestand des atlantischen Bündnisses selbst gefährdet erscheint. Das zeigte sich schon an der Pariser NATO-Konferenz. Anstatt daß die Vertreter der westeuropäischen Regierungen dankbar die «überragende Weisheit und Entschlossenheit» anerkannt hätten, die Kennedy und sein Stab in der Kubafrage an den Tag legten, gaben sie ihrem Unmut über die Beiseiteschiebung der geehrten Bundesgenossen unmißverständlich Ausdruck und sträubten sich erst recht gegen die «neue Strategie» Washingtons. Vollends offenbar wurde dann aber der Zwiespalt im Zusammenhang mit dem Treffen zwischen Kennedy und Macmillan.

Zerfall der NATO? Die Aussprache war besonders darum notwendig geworden, weil die Vereinigten Staaten die Weiterentwicklung ihrer «Skybolt»-Rakete eingestellt hatten; sie war als übermäßig teuer, technisch zweifelhaft und taktisch überflüssig erklärt worden. Gerade die «Skybolt»-Rakete aber hätte das Kernstück einer von Amerika unabhängigen «atomaren Abschreckung» bilden sollen, die sich die britische Regierung sichern wollte. Diese Unabhängigkeit war zwar von vornherein ein bloßes Wunsch- und Trugbild; aber nun fiel mit der «Skybolt» auch der nach außen mühsam aufrechterhaltene Schein für alle Welt sichtbar weg. «Die offenkundige Wahrheit ist», so schrieb der «New Statesman» (28. Dezember 1962), «daß in den letzten vierzehn Tagen Großbritannien eine zerschmetternde politisch-militärische Niederlage erlitten hat . . . Wir sind mit vorgehaltener Pistole gezwungen worden, infolge einer einzigen in Washington getroffenen Verwaltungsentscheidung, innert ganzen 48 Stunden eine grundlegende Umgestaltung unserer maßgeblichen Verteidigungspolitik vorzunehmen.» Präsident Kennedy hat zwar dem englischen Ministerpräsidenten als Ersatz für die «Skybolt» die Lieferung von «Polaris»-Raketen angeboten, die von Unterseebooten aus abgefeuert werden können. Aber in England weiß man genau, daß die Regierung damit noch weit mehr von den Vereinigten Staaten abhängig geworden ist als schon bisher, könnten doch die mit den amerikanischen Raketen ausgestatteten Unterseeboote nur in engem Ein-

vernehmen mit den Vereinigten Staaten operieren, wie dies durchaus in der Natur der Sache liegt und in Nassau auch ausdrücklich vereinbart worden ist. Dazu kämen die ungeheuren Kosten der neuen «Abschreckungswaffe»; zehn «Polaris»-Unterseeboote kosten allein rund fünf Milliarden Schweizer Franken, noch ganz abgesehen von den Ausgaben für Bemannung, Unterhalt und Einübung der Trägerschiffe.

Was aber für die Regierung Macmillan vielleicht das Ärgste ist: Kennedy hat die «Polaris» auch Herrn de Gaulle angeboten. Aus dem «gleichberechtigten» Teilhaber im Bunde der angelsächsischen Mächte soll Großbritannien nun grundsätzlich zum militärisch von seinem Lieferanten abhängigen Kunden Amerikas auf derselben Stufe wie Frankreich herabgedrückt werden. Und damit stellt sich ein neues, schweres Problem. Wird de Gaulle das amerikanische Angebot überhaupt annehmen? Und wenn nicht — was wird dann England tun?

Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich *Frankreich* nicht auf das «Polaris»-Geschäft einlassen wird. De Gaulle hält nach wie vor an seinem Plan fest, Frankreich zur beherrschenden Macht Westeuropas mit eigener Atomwaffe zu machen. Und die neue Strategie der Vereinigten Staaten ist geeignet, ihn in dieser Haltung noch zu bestärken, scheint sie doch unter anderem darauf hinauszulaufen, daß die amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa durch eine erweiterte deutsche Bundeswehr ersetzt werden. So etwas erwartet de Gaulle ja schon lang. Die Amerikaner, so glaubt er, werden sich mitsamt ihren Atomwaffen aus Europa zurückziehen — und dann muß Frankreich mit *seiner* Atomwaffe und mit einem starken Westdeutschland an seiner Seite zur Stelle sein, um das freie Abendland vor dem östlichen Kommunismus zu schützen. In der *Bundesrepublik* wird man trotz allen Bindungen an Amerika bei dieser Politik nur zu gern mitmachen; der Bund Adenauers mit de Gaulle ist ja bereits geschlossen. Anders steht es mit *England*. Die konservative Regierung drängt zwar mit größter Hartnäckigkeit auf einen Anschluß Großbritanniens an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, erhofft sie doch davon wirksame Mithilfe bei der Bewältigung ihrer wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (am 10. Dezember zählte man 566 000 britische Arbeitslose; in Nordirland sind 7,6 Prozent aller Arbeitskräfte stellenlos). Aber den Eintrittspreis, den Frankreich im Namen der EWG fordert, will sie nicht bezahlen: die Unterstützung des *politischen* Westeuropabundes, in dem Herr de Gaulle die Krönung der EWG sieht.

Den Vereinigten Staaten liegt gewiß sehr daran, daß Großbritannien in die EWG eintritt, in der es ein Gegengewicht gegen Frankreich darstellen könnte, während sie es einem von Amerika mehr oder weniger unabhängigen kleineuropäischen Staatenbund fernzuhalten streben. Aber mit ihrer neuen Strategie bringen sie England selber in Versuchung, auch politisch gemeinsame Sache mit Frankreich zu machen, um seine Aufnahme in die EWG zu erlangen. Kurz, es ist ein richtiges Durcheinander, das die Washingtoner Machthaber mit ihrer

neuen Europapolitik bei ihren Bundesgenossen und Gefolgsstaaten anzurichten im Begriff sind; ja, es ist geradezu die Frage, ob die NATO, die Nordatlantische Vertragsorganisation zur Abwehr angeblicher russischer Angriffsgelüste, in ihrer bisherigen Form noch lange weiterbestehen kann — und ob die Vereinigten Staaten das überhaupt wünschen, oder ob sie die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion (und China) nicht allein vorzunehmen beabsichtigen.

Zweierlei Frieden Es sieht ja wirklich ganz danach aus, daß Präsident Kennedy es sich zutraut, der Welt den Frieden zu schenken und in größtem Maßstab zu wiederholen, was ihm in der Angelegenheit des kleinen Kuba schon gelungen ist: die Sowjetunion — überhaupt den Weltkommunismus — auf sich selbst zurückzuwerfen und sie für die «freien Nationen» unschädlich zu machen. In diesem Sinn hat gewiß J. J. Servan-Schreiber recht, wenn er im Pariser «Expreß» kürzlich feststellte: «Es gibt heute zwei Menschen, die einen atomaren Weltkrieg entfesseln und vermeiden können. Den andern fehlen die Mittel dazu. Die beiden haben beschlossen — was einfach gesunder Menschenverstand ist —, zusammenzuarbeiten. Chruschtschew hat es ausdrücklich gesagt, und obendrein gut. Kennedy hat es in einem Satz und einem Entschluß zusammengefaßt: Es wird von jetzt an eine direkte Telephonverbindung (das heißt einen unbedingten Vorrang der Verbindung) zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml geben ... Sie müssen nun darnach schauen, daß es ihren Verbündeten, ihren Satelliten, jedem anderen Staat unmöglich gemacht wird, einen Atomkrieg zu beginnen. Wie aber? Sie haben keinen Monat gewartet, um sich an diese Aufgabe zu machen. Kennedy hat bei fünf verschiedenen Gelegenheiten durch seinen eigenen Mund und den seiner Minister erklärt, ‚daß die Vereinigten Staaten es nicht für angezeigt halten, die NATO-Mächte mit Atomwaffen auszurüsten' ... Von jetzt ab wird vor Ablauf von zwanzig Jahren — abgesehen von Amerika — kein westlicher Staat imstande sein, die Sowjetunion mit Ferngeschossen zu erreichen. Aber da die Russen schon in diesem Jahr (1962) ein Verteidigungssystem in Kraft gesetzt haben, das die zukünftige englische ‚force de frappe'. die noch zukünftigere französische ‚force de frappe' und die nicht minder zukünftige deutsche ‚force de frappe' wirkungslos machen kann, so bedeuten zwanzig Jahre: niemals! Chruschtschew will sich nichts schenken lassen. In seinen Reden und Entscheidungen hat er zu erkennen gegeben, daß weder die DDR noch China für den Ausbau einer atomaren Streitmacht auf russische Hilfe zählen können.»

So weit, so gut. Bleibt nur eins zu beachten: daß nämlich Kennedy mit seiner «neuen Strategie» nicht einfach «den Frieden» erstrebt, sondern natürlich den *amerikanischen* Frieden. Er will einen Weltzustand herbeiführen, in dem — wie schon vorhin angedeutet — die soziale Revolution, besonders auch in den unterentwickelten Ländern, nicht

mehr stattfinden kann, Kommunismus und Sozialismus überholt sind, der «freien Wirtschaft» die Welt gehört und das «amerikanische Jahrhundert» endlich zur Wirklichkeit wird. Die schon erwähnten «US News & World Report» (31. Dezember 1962) sagen das mit dürren Worten. Dem freien Unternehmertum, also dem Kapitalismus, gehöre die Zukunft — das sei die Hoffnung und Überzeugung der amerikanischen Regierungskreise. «Großbritannien wird dem Gemeinsamen Markt beitreten. Die meisten übrigen Länder Westeuropas werden dem Markt (EWG) angeschlossen werden. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Japan werden sich mit Westeuropa zu einem gewaltigen Wirtschaftskonzern der großen Industrienationen verbinden. Diese Wirtschaftsgemeinschaft . . . wird den Welthandel und die Weltfinanz vollständig beherrschen.» Die Entwicklungsländer würden sich an sie anlehnen müssen; die kommunistischen Länder aber würden wirtschaftlich immer mehr in Rückstand kommen. Ihre Völker würden mehr und mehr all die guten Sachen auch verlangen, die die Menschen der freien Welt im Überfluß hätten. «Die Satellitenländer Osteuropas werden immer unruhiger werden. Der kommunistische Block wird militärisch wie auch wirtschaftlich geschlagen werden . . . Das ist die Art Machtdenken, die in Washington gilt . . . Hier liegt die großartige Aufgabe für den Rest des Jahrhunderts.»

Mag man in Amerika und im Westlager überhaupt diesem Traum nachhängen — wir glauben keinen Augenblick an seine Erfüllung. Die Zukunft gehört nicht dem Kapitalismus. Schon die Gegenwart ist für ihn alles andere als gesichert. Seine Nachkriegserfolge haben — besonders auf dem europäischen Festland — durchaus zeitbedingte Ursachen, wie Währungsabwertung, Ausnützung niedriger Löhne und Ausfuhrsteigerung auf Kosten Englands und beginnen schon jetzt wieder sichtlich abzubröckeln, besonders in Westdeutschland. Zu der beunruhigenden Arbeitslosigkeit in Großbritannien aber kommt nun mehr und mehr die Stockung der Wirtschaftstätigkeit auch in den Vereinigten Staaten, während der absolute jährliche Zuwachs der industriellen Produktion in der Sowjetunion gleichzeitig (genauer zwischen 1955 und 1960) doppelt so groß ist wie in den Vereinigten Staaten. Und man wird es erleben, daß sich dieses Versagen der «freien Wirtschaft» nur immer deutlicher ausprägt. Denn der Kapitalismus ist ja doch längst von innen her brüchig und unheilbar kernfaul. Die ganze Lebensanschauung, auf der er beruht, ist von Grund auf verkehrt. Sie ist die Leugnung der wirklichen, der geistigen und sittlichen Gesetze, von deren Befolgung auch der Bestand aller irdisch-materiellen Ordnungen und Einrichtungen abhängt. Kein Glanz und «Wunder» des mammonistischen Wirtschafts- und Kulturbetriebs unserer Tage, kein Mißerfolg und keine Fehlleistung der heutigen Träger sozialistischer Wirtschaftsformen soll uns über den wahren Charakter der jetzt um den Vorrang kämpfenden großen Gesellschaftssysteme hinwegtäuschen. Im besonderen können wir gewiß sein, daß

das Problem der unterentwickelten Völker nicht auf dem Boden der kapitalistischen Profitwirtschaft zu lösen ist, sondern nur durch internationale Solidarität im Rahmen einer ausgesprochenen Bedarfs- und Gemeinwirtschaft. Und so wird auch der Völkerfrieden nicht durch die Weltherrschaft der kapitalistisch-bürgerlichen Lebensform gesichert werden; er wird auf sozialer Gerechtigkeit und Freiheit, auf gegenseitiger Hilfe und vertrauensvoller Zusammenarbeit ruhen müssen — oder er wird überhaupt nicht Wirklichkeit werden.

Ein Kennedy weiß das nicht — kann es nicht wissen. Chruschtschew weiß es — trotz all seinen Irrtümern. Aber wie ihm klar ist, daß dauernder Frieden eine sozialistische Weltordnung voraussetzt, so ist ihm auch klar, daß Sozialismus und Kommunismus nur in einer wenigstens vorläufig befriedeten, kriegsfreien Welt gedeihen können. Darum sein hartnäckiger Wille zur Abrüstung und «Koexistenz», zur Sicherung einer Welt ohne Krieg, die von selbst eine Welt mit Sozialismus zu werden bestimmt ist.

Umbau im Kommunismus

Die Erwartung der bürgerlichen Welt, daß die kommunistischen Wirtschafts«experimente» immer vollkommener scheitern und die darauf aufgebauten Staats- und Gesellschaftsformen wieder zerfallen werden, gründet sich nicht zuletzt auf die zahlreichen Krisenerscheinungen in der kommunistischen Welt von heute und dabei besonders wieder auf den tiefen Gegensatz zwischen der *«sowjetischen»* und der *«chinesischen»* Gruppe innerhalb des Gesamtkommunismus. Aber auch das ist vorschnell und oberflächlich geurteilt. Die Spaltung im Weltkommunismus ist in den letzten Monaten freilich offener zutage getreten als je; die chinesischen Abordnungen, die an verschiedenen Parteitagen europäischer Kommunisten aufgetreten sind, haben teilweise eine Sprache geführt und eine Haltung bekundet, die von Brüderlichkeit keine Spur mehr erkennen ließ, wenn auch die Gründe namentlich für den sowjetisch-chinesischen Gegensatz nicht leicht zu durchschauen sind.

Ich für meinen Teil messe besondere Bedeutung dem Umstand bei, daß das junge China noch mitten in einem äußerst schwierigen, radikal revolutionären Umbau aller seiner Lebensformen steht, während die Sowjetunion allmählich ins gesetzte Alter mit dem entsprechend behutsameren, ja konservativen Gebaren kommt. In China empfindet man jedenfalls den Sowjetkommunismus schon als halbbürgerlichen, schwunglosen, einseitig auf Wohlstandssteigerung nach kapitalistischem Muster bedachten Reformismus, der eine typisch nationalistische Großmachtshaltung entwickle, ja auf dem besten Weg sei, den Sozialismus und die Sache des internationalen Proletariats genau so zu verraten, wie das die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1914 getan habe. Daß sich die Sowjetführer jetzt wieder mit Tito versöhnt hätten und sich immer besser mit den Amerikanern verstünden, ja ihnen fast

«aus der Hand fräßen», wie Kuba gezeigt habe, sei unter diesen Umständen kein Wunder, obgleich doch die Vereinigten Staaten der Todfeind der Chinesischen Volksrepublik seien. Und auch über China hinaus traut man in den kommunistischen Landesparteien vielfach Chruschtschew einfach nicht recht; man weiß nicht, wohinaus er eigentlich will und an was er im Grunde noch glaubt, auch wenn man im übrigen von der Leichtfertigkeit, mit der in China zuweilen von einem dritten Weltkrieg geredet wird, nichts wissen will. Zum mindesten hat die Sowjetunion, wie K. S. Karol im «New Statesman» (14. Dezember 1962) schreibt, ihr Ansehen als unfehlbare Führerin der kommunistischen Weltbewegung vollkommen verloren. «Niemand glaubt Chruschtschews Theorie, daß der wachsende Wohlstand Rußlands die Arbeiter der Welt veranlassen werde, sich auf kommunistische Regierungsformen umzustellen. Die Lehre vom ‚sowjetischen Schaufenster' ruft lediglich Gelächter hervor.»

All diese Befürchtungen und Feststellungen haben gewiß etwas für sich, namentlich was die Gefahr einer reformistischen Aufweichung des Sowjetkommunismus betrifft. Aber daß der Bann der alleinseligmachenden Moskauer Parteikirche gebrochen ist, kann doch nur von Gutem sein. Darum ist auch die Neuverständigung zwischen der Sowjetunion und *Jugoslawien* so bedeutungsvoll, sind doch die seinerzeit aus der kommunistischen Glaubensgemeinschaft ausgeschlossenen Ketzer jetzt wieder in Gnaden aufgenommen worden, ohne ihre «Irrtümer» irgendwie abschwören zu müssen und sogar ohne politische, militärische oder wirtschaftliche Bindungen an den Block der Staaten des Warschauer Paktes anzunehmen. Es gibt eben nicht bloß einen einzigen Weg zu einer sozialistischen Ordnung und erst recht keine einzige richtige sozialistische Ideologie und Weltanschauung, und je eher und allgemeiner sich diese Erkenntnis durchsetzt, um so besser und verheißungsvoller. K. S. Karol weist besonders auf die Kommunistische Partei *Italiens* hin, die «von anderen Mitgliedern der kommunistischen Familie sehr verschieden» sei. «Sie ist eine Art Kirche von England — national, unabhängig und nicht gleichgeschaltet ... Die italienischen Kommunisten bilden keine enge Sekte, die von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten ist und eine private, priesterliche Sprache redet, deren Geistesnahrung sich auf willkürlich von ihren Parteiprälaten ausgewählte Brocken beschränkt. Sie sind über jede Seite der Weltentwicklung auf dem laufenden, und in der Auseinandersetzung mit ihnen ist keine Frage, ob vergangen oder gegenwärtig, ausgeschlossen.» Und über die Lage im Kommunismus insgesamt urteilt dieser unabhängige, aber klar sozialistisch denkende Beobachter: «Meine eigene festbegründete Schlußfolgerung ist, daß die kommunistische Welt jetzt an einem entscheidenden Punkt steht. Sie hat im Verlauf der Entstalinisierung ihre Lehre und im russisch-chinesischen Konflikt ihre Einheit verloren. Sie muß sich jetzt durch eine Neuüberprüfung ihrer tiefsten geistigen Grundlagen wiederfinden. Sonst wird

sie in Bruderstreit und unfruchtbarem ideologischem Gezänk ihre Kräfte vergeuden.»

Für kapitalistisch-bürgerliche (und sozialdemokratische!) Selbstgefälligkeit ist in diesem ganzen Vorgang sicherlich kein Grund zu finden — eher für das Gegenteil. Wenn die Neubesinnung im Kommunismus kräftig weitergeht, wenn nicht nur das italienische, sondern beispielsweise auch das polnische und ungarische Beispiel Schule macht und sich daraus ein im besten Sinne freiheitlicher, radikaler Weltsozialismus entwickelt, werden die Träume von einem amerikanischen Jahrhundert und einem amerikanischen Frieden ebenso ausgeträumt sein wie es mit der Phantasie vom tausendjährigen Reich Hitlers nur allzubald der Fall war.

China besiegt den Hunger Im übrigen sind die unterentwickelten Länder, die zum Kommunismus übergegangen sind, zu einem ganz wesentlichen Teil *darum* nicht schneller vorwärtsgekommen, weil die reichen, fortgeschrittenen Länder sie planmäßig angefeindet, ja bekriegt, boykottiert, unterwühlt und auf jede Art zurückgesetzt haben. Die Geschichte der Sowjetunion, der osteuropäischen Volksrepubliken, Chinas, Koreas, Vietnams und zuletzt Kubas liefert dafür unzählige Beispiele. In der Schweiz kann nicht einmal Christbaumschmuck aus der Tschechoslowakei verkauft werden . . . Wenn diese jungen Staaten trotz all den schweren Hemmnissen, die ihnen die altindustrialisierten Länder in den Weg gelegt haben, auf die Stufe wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gekommen sind, die wir kennen, so ist das nicht nur aller Ehren, sondern aufrichtiger Bewunderung wert. Ich denke dabei nicht zuletzt an *China*. Daß sein neues Regime vor riesenhafte Aufgaben gestellt ist und mit schier unüberwindlichen Schwierigkeiten zu ringen hat, die *nicht* in seiner sozialistischen oder kommunistischen Zielsetzung begründet sind, ist an dieser Stelle immer wieder betont worden. Das gilt namentlich auch von der Versorgung eines rasch wachsenden 650-Millionen-Volkes, das immer wieder — wie schon seit Jahrhunderten — von verheerenden Naturkatastrophen heimgesucht wird.

In der «freien Welt» werden zwar andauernd Berichte über schauderhafte Hungersnöte in China verbreitet, an denen wesentlich der verruchte Kommunismus schuld sei; nicht am wenigsten tut sich dabei die «Neue Zürcher Zeitung» hervor. Um so wichtiger ist es darum aber, aus einem neuen Buch des Amerikaners Edgar *Snow*, einem der besten Asien- und Chinakenner, zu erfahren, daß alle diese Berichte nichts als Propagandalügen im Dienste des Kalten Krieges gegen die Ostwelt sind*. Snow, der weder Kommunist noch Sozialist ist, versichert, daß er sich größte Mühe gegeben habe, um Gegenden mit Hungersnot aufzufinden oder verhungernde Menschen und Bettler

* Vergleiche *The Other Side of the River: Red China Today* (Random House, Neuyork).

photographieren zu können. Es war alles vergebens. Ähnlich sei es anderen Chinareisenden ergangen, so dem schweizerischen Volkswirtschafter Gilbert Etienne, Dozenten am Genfer Institut für Internationale Studien, und dem amerikanischen Journalisten Richard Starnes, Korrespondenten des «New York World Telegram». Auch der Amerikaner McDermott habe im September 1962 berichtet, daß in den chinesischen Städten wieder kartenfreie Restaurants geöffnet seien, die offenbar gut beliefert würden.

Gewiß, so schreibt Snow, die Jahre 1960/61 waren kritisch in bezug auf Versorgung mit Nahrungsmitteln; aber 1962 begann die Lage wieder normal zu werden. Und das ist schon an und für sich eine große Leistung. Denn Hungersnöte waren ja im alten China etwas vollkommen Gewohntes; zwischen 108 vor Christus und 1911 nach Christus gab es deren nicht weniger als 1828, also fast jedes Jahr eine. «Neu ist, daß Millionen Menschen jetzt *nicht* verhungern, wie das in der ganzen Zeit der Dauerhungersnot in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren geschah. Neu ist, daß zum ersten Mal ein gerechtes Rationierungssystem durchgesetzt wurde. Und fast unglaublich ist, daß es in China eine Regierung gibt, die (was immer die Geschichte ihr vorzuwerfen haben mag) tatsächlich genug ausländisches Währungsgeld den Taschen der Beamten fernzuhalten wußte, um nach den Mißernten von 1960 die Einfuhr von Millionen Tonnen Brotgetreide mit hartem Bargeld bezahlen zu können — statt in den Vereinigten Staaten darum zu betteln, wie normale Leute das tun.»

Die zu weit vorgetriebene Bildung von Volkskommunen war nach Snow sicher nicht unbeteiligt an der Ernährungskrise der letzten Jahre; eine entscheidende Rolle spielten dabei aber drei aufeinanderfolgende Jahre mit schlechtem Wetter, mit Dürre, Überschwemmungen und außergewöhnlich heftigen Taifunstürmen. «Für China, das ganz nahe am Rand von Lebensmittelmangel lebt, und in dem Körnernahrung drei Viertel bis vier Fünftel des Durchschnittsverbrauches ausmacht (gegen nicht einmal einen Fünftel in den Vereinigten Staaten), bedeutet schon ein Ernteausfall von 20 Prozent in einem einzigen Jahr unmittelbare Entbehrung.» Mißernten und Erschöpfung der Devisenvorräte durch Getreideeinfuhr lähmten nicht nur die weitere Industrialisierung, sondern auch die Erweiterung des vielversprechenden Außenhandels. Aber seit Januar 1962 richtet nun die Regierung all ihre Anstrengungen auf die Verbesserung der Ernährungslage — und mit sichtbarem Erfolg. Westliche wie chinesische Fachleute schätzen den Kalorienbedarf aus Körnern für den Durchschnittschinesen auf 1500 Einheiten, wozu noch mindestens 500 Kalorien aus anderen Nahrungsmitteln kommen. (Es ist dabei zu berücksichtigen, daß in Amerika eine mittelständische Normalfamilie jeden Tag soviel Nahrungsmittel vergeudet, daß davon in China, Japan oder Vietnam eine ganze Familie leben könnte.) Dieser Bedarf ist nunmehr gedeckt und gesichert, vor allem für die städtische Bevölkerung. Die Landbevölkerung verzehrt viel mehr, im Durch-

schnitt Nahrungsmittel im Wert von 2000 bis 3500 Kalorien. All dies trotz den großen Transportschwierigkeiten (Mangel an Eisenbahnen, Zugtieren, Motorwagen, Schiffen usw.) und trotz der raschen Zunahme der Bevölkerung (von 1958 bis 1963 werden der Chinesischen Volksrepublik mehr Köpfe zugewachsen sein als ganz Großbritannien Einwohner zählt).

Chinas Landwirtschaftsproblem ist damit freilich noch keineswegs gelöst. Aber seine Ernährungslage wird dennoch, wenn der Frieden erhalten bleibt und die Natur sich gütig zeigt, von Jahr zu Jahr besser werden, namentlich auch im Vergleich etwa zu Indien. Chinas Nahrungsmittelerzeugung je Kopf ist in normalen Jahren (nach Professor Etienne) 30 Prozent höher als diejenige Indiens; seine Reisproduktion war auch im schlechtesten Jahr dieses Jahrhunderts (1960) noch um 10 Prozent höher als die indische. «Nichts in China läßt sich mit dem Hunger und dem Bettlerelend vergleichen, das man in den Straßen von Kalkutta oder den Dörfern Bengalens sieht», schreibt Snow. Und er malt sich aus, um wieviel besser Chinas Volk leben könnte, wenn die Vereinigten Staaten mit ihrem Überschuß an selbsterzeugten Nahrungsmitteln und ihrer hochentwickelten Technik China helfen wollten. Aber — so fügt er gleich bei — das ist eben wirklichkeitsfremd. Was würde auch aus der amerikanischen Landwirtschaftspolitik mit ihrem — sagen wir einmal — merkwürdigen Subventionsbetrieb zugunsten großer Grundbesitzer und Spekulanten werden? Was aus der amerikanischen Politik überhaupt? Wie wäre auch eine Hilfe an China denkbar, «solange der Staat Mississippi die Meisterschaft für das niedrigste Einkommen je Kopf in den Vereinigten Staaten innehat, einen um etwa 30 Prozent höheren Analphabetenstand als Japan und eine Mütter- und Säuglingssterblichkeit aufweist, die höher ist als diejenige chinesischer Städte, wie auch den höchsten Prozentsatz in Amerika geborener weißer Bürger und den niedrigsten Prozentsatz stimmberechtigter Neger»?

Nein, so schließt Edgar Snow dieses Kapitel seines Buches, an amerikanische Lebensmittelhilfe für China ist so wenig zu denken wie daran, daß die Vereinigten Staaten das Übervölkerungsproblem Hongkongs (dieser britischen Kronkolonie) durch Öffnung ihrer Grenzen für überschüssige Orientalen lösen würden. «Die Chinesen müssen nicht nur selber für die Ernährung und Erhaltung ihrer Volksmassen sorgen; sie müssen gleichzeitig auch Atombomben bauen, um dafür zu sorgen, daß jede Streitmacht, die sie angreift, zahlenmäßig mindestens ebenso schwere Verluste erleidet wie sie selber. Und dem sagen verständige kapitalistische Nationalisten in Amerika wie verständige kommunistische Nationalisten in China übereinstimmend Sicherheit.»

Katanga – Jemen Daß die Vereinigten Staaten ihre feindselige Haltung gegenüber der Chinesischen Volksrepublik ändern werden, dafür gibt es tatsächlich vorläufig keinerlei

Anzeichen. Sie fühlen sich nun einmal als die Vormacht der «freien Welt» im Kampf gegen die soziale Revolution und sind mehr denn je entschlossen, ihre «Sendung» zu erfüllen — nicht nur gegenüber Kuba, nicht nur gegenüber China, sondern überall, wo Gefahr droht, daß die bestehende Ordnung von Grund auf umgestaltet wird. Von hier aus ist auch Amerikas jüngste *Kongopolitik* zu verstehen.

Die Führung der Vereinten Nationen, vertreten vor allem durch Generalsekretär U Thant, hat sich nun ja endlich dazu aufgerafft, mit all den Winkelzügen, Täuschungsversuchen und Verschleppungsmanövern Tschombes und seiner Regierung Schluß zu machen. Die Polizeiaktion, die sie erneut — zum dritten Male — eingeleitet hat, ist bisher auch so tatkräftig durchgeführt worden, daß die katangische Gendarmerie auf der ganzen Linie das Feld räumen mußte und die UNO-Kräfte Herren der Lage sind, während in dem Augenblick, da ich schreibe, Tschombe selbst nach Léopoldville unterwegs ist, um wieder einmal Verhandlungen mit der Zentralregierung und der UNO aufzunehmen. Hoffentlich läßt sich die Gegenseite diesmal nicht an der Nase herumführen, sondern beharrt darauf, daß Katanga politisch, finanziell und militärisch wieder der Gesamtrepublik Kongo eingegliedert wird, wie es die UNO fordert. Diese Hoffnung gründet sich nicht zuletzt darauf, daß hinter der UNO deutlich sichtbar die Vereinigten Staaten stehen, die nicht mehr gewillt scheinen, untätig zuzuschauen, wie die Republik Kongo langsam, aber sicher wieder zerfällt.

Man würde es sich freilich zu leicht machen, wollte man die Haltung der Washingtoner Regierung nur aus dem Konkurrenzkampf erklären, der offenbar zwischen den alteingesessenen belgisch-französisch-britischen Bergwerksgesellschaften im Katanga und einer jüngeren amerikanischen Kapitalistengruppe ausgetragen wird. Wenn es sich nur *darum* handelte, ließe sich wohl unschwer einer der üblichen geschäftlichen Zusammenschlüsse bewerkstelligen, die jeder Gruppe ihren Beuteanteil sichern und den Katanga als selbständigen Staat anerkennen würde. Allein es handelt sich eben nicht nur um den Katanga, sondern um den Kongo insgesamt, der in der Form, wie er nach dem Ende der belgischen Herrschaft organisiert wurde, ohne die Steuererträgnisse des industriereichen Katanga nicht leben kann. Bräche er aber auseinander, so läge die Gefahr nahe, daß in den dann unvermeidlichen Wirrnissen eine linksradikale Bewegung aufkäme, die darauf ausginge, die Schätze an Kupfer, Uran und Kobalt, die der Katanga birgt, dem kongolesischen Volk selber zu sichern, statt sie einer Handvoll ausländischen Großaktionären und ihren Bediensteten zur Ausbeutung zu überlassen. So sieht man es wenigstens in Washington an, wo man Lumumba noch nicht vergessen hat; darum unterstützt man die UNO auch gegen den verärgerten Einspruch der Regierungen von Brüssel, Paris und London und läßt lieber Tschombe fallen — trotz seinem andauernd plakatierten Antikommunismus —, als daß man irgendwelche kommunistische Neigungen im Kongo ermutigen

würde und gar noch ein Eingreifen der Sowjetunion in Kauf nehmen müßte. Man wird sehen, wie sich das Ringen im Kongo weiterentwickelt; der Kalte Krieg zwischen Ost und West spielt jedenfalls schon längst sehr stark in die ganze Auseinandersetzung hinein.

Scheinbar im Widerspruch zu der Grundeinstellung der Vereinigten Staaten gegenüber national- und sozialrevolutionären Bewegungen steht die Tatsache, daß Washington die aus einem gewalttätigen Umsturz hervorgegangene, aber noch wenig gefestigte republikanische Regierung von *Jemen* überraschend schnell anerkannt hat. (Mit China pressiert es ihm nicht entfernt so sehr . . .) Natürlich ist daran nicht etwa eine amerikanische Vorliebe für den Durchbruch freiheitlicher und fortschrittlicher Volkskräfte in aller Welt schuld; die Absicht war vielmehr, die jemenitische Revolution zu kanalisieren und ihr Übergreifen auf weitere vorderasiatische Länder zu verhindern. Man hat doch aus den Erfahrungen mit Kuba auch einiges gelernt! Aber die Regierung Kennedy hat wohl zu wenig damit gerechnet, daß Nassers Ägypten es sich schuldig war, der jungen jemenitischen Republik unter die Arme zu greifen, wollte es seinen Anspruch auf Führung der arabischen Völker, die endlich aus dem Mittelalter herauszukommen trachten, wirksam zur Geltung bringen. Und je mehr nun das neue Jemen in Feindseligkeiten mit seinem größeren Nachbarn, dem tief reaktionären Saudiarabien, gerät, der die vertriebene alte Regierung von Jemen unterstützt, desto offener kehrt sich auch Ägypten gegen diesen und desto peinlicher wird die Lage für die Vereinigten Staaten, die Nasser und die allarabisch-nationalistische Bewegung mit größtem Mißtrauen beobachten. Ein ägyptischer Luftangriff auf saudiarabisches Gebiet hat in Amerika besonders verschnupft, und bereits fordert die «Neue Zürcher Zeitung» (!) die Washingtoner Regierung auf, sich nicht mit einem leeren Protest gegen die Beschießung des Dorfes Najran zu begnügen, wolle sie nicht, daß das von Oberst Sallal, dem Führer des republikanischen Jemen, verkündete «Programm der Subversion in Arabien» schrittweise in die Tat umgesetzt werde. Nur eine «energische amerikanische Reaktion» werde verhindern können, daß Nassers Fliegerbomben «zum Startsignal für die gewaltsame Ausbreitung der revolutionären Ideen Nassers auf die arabische Halbinsel und von dort aus im ganzen Mittleren Osten werden».

Im Weißen Haus zu Washington wird man natürlich den Wink mit dem Zaunpfahl aus Zürich schleunigst befolgen. Nur wird eben keine noch so energische amerikanische Reaktion die weltweite Bewegung zu unterdrücken vermögen, die national wie international eine gründliche Neuordnung des menschlichen Gemeinschaftslebens — frei von der Herrschaft der Geldmächte und Klasseninteressen — erstrebt, auch wenn den Trägern und Nutznießern der überalterten Ordnungen dank ihren rücksichtslos eingesetzten Machtmitteln noch da und dort vorübergehende Erfolge zufallen werden.

7. Januar. *Hugo Kramer*